

# CSU-Schluppe in vielen großen Städten

## SPD triumphiert in München und Nürnberg

Die Wahl galt als Stimmungstest für Bayerns Ministerpräsident Beckstein und Parteichef Huber.

**München/Nürnberg** - Sieben Monate vor der Landtagswahl hat die CSU bei den bayerischen Kommunalwahlen in mehreren großen Städten schwere Niederlagen erlitten. In München und Nürnberg wurden die amtierenden SPD-Oberbürgermeister Christian Ude und Ulrich Maly am Sonntag mit deutlichem Vorsprung wiedergewählt. In weiteren Städten zwangen SPD-Kandidaten die CSU-Amtsleiter in Stichwahlen. In der drittgrößten Stadt Augsburg muss die SPD dagegen überraschend um den OB-Sessel bangen. Die Stichwahlen sind landesweit für den 16. März angesetzt. In vielen Gemeinden lag die Wahlbeteiligung bei unter 50 Prozent. Die Kommunalwahlen galten als erster wichtiger Stimmungstest für Ministerpräsident Günther Beckstein und CSU-Chef Erwin Huber seit deren Amtsantritt vor rund fünf Monaten.

Beckstein (CSU) sagte am Abend im Bayerischen Fernsehen, für eine vollständige Bewertung der Ergebnisse sei es noch zu früh. Er fügte allerdings hinzu: „Wir haben unsere Leute nicht so zur Wahl gebracht, wie wir uns das gewünscht haben.“ SPD-Landtagsfraktionschef Franz Maget sagte mit Blick auf die Erfolge in den großen Städten: „Der CSU schwimmen die Felle davon. Der angekündigte Sturm auf die roten Rathäuser ist ausgeblieben.“ Die Bundes-SPD sprach von einem „sehr guten Auftakt für das Superwahljahr in Bayern“. „Die bayeri-

sche SPD ist auf gutem Weg“, erklärte SPD-Generalsekretär Hubertus Heil in Berlin.

In München kam der 60-jährige Ude laut vorläufigem amtlichen Endergebnis mit 66,7 Prozent auf eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Sein Herausforderer Josef Schmid von der CSU erhielt 24,5 Prozent. Auch für das rot-grüne Stadtratsbündnis von Ude zeichnete sich laut Prognose des Bayerischen Rundfunks eine größere Mehrheit als bisher ab.

In Nürnberg erzielte Maly dem vorläufigen amtlichen Endergebnis zufolge 64,3 Prozent der Stimmen – und verbesserte damit spürbar sein

Ergebnis aus dem Jahr 2002 (56,0 Prozent) deutlich. CSU-Herausforderer Klemens Gsell erhielt 27,4 Prozent. Im Nürnberger Stadtrat löst die SPD zudem laut Prognose mit 42,5 Prozent die CSU als stärkste Fraktion ab.

Rund neun Millionen Bayern waren aufgerufen, neue Gemeinde- und Kreisparlamente zu wählen. In den meisten der 2056 Kommunen standen auch die Bürgermeister und Landräte zur Wahl. Das landesweite Endergebnis liegt wegen des komplizierten bayerischen Wahlrechts voraussichtlich erst am Mittwoch vor. (dpa)

### Unions-Strategie: Schwarz-Grün ist kein Modell für den Bund

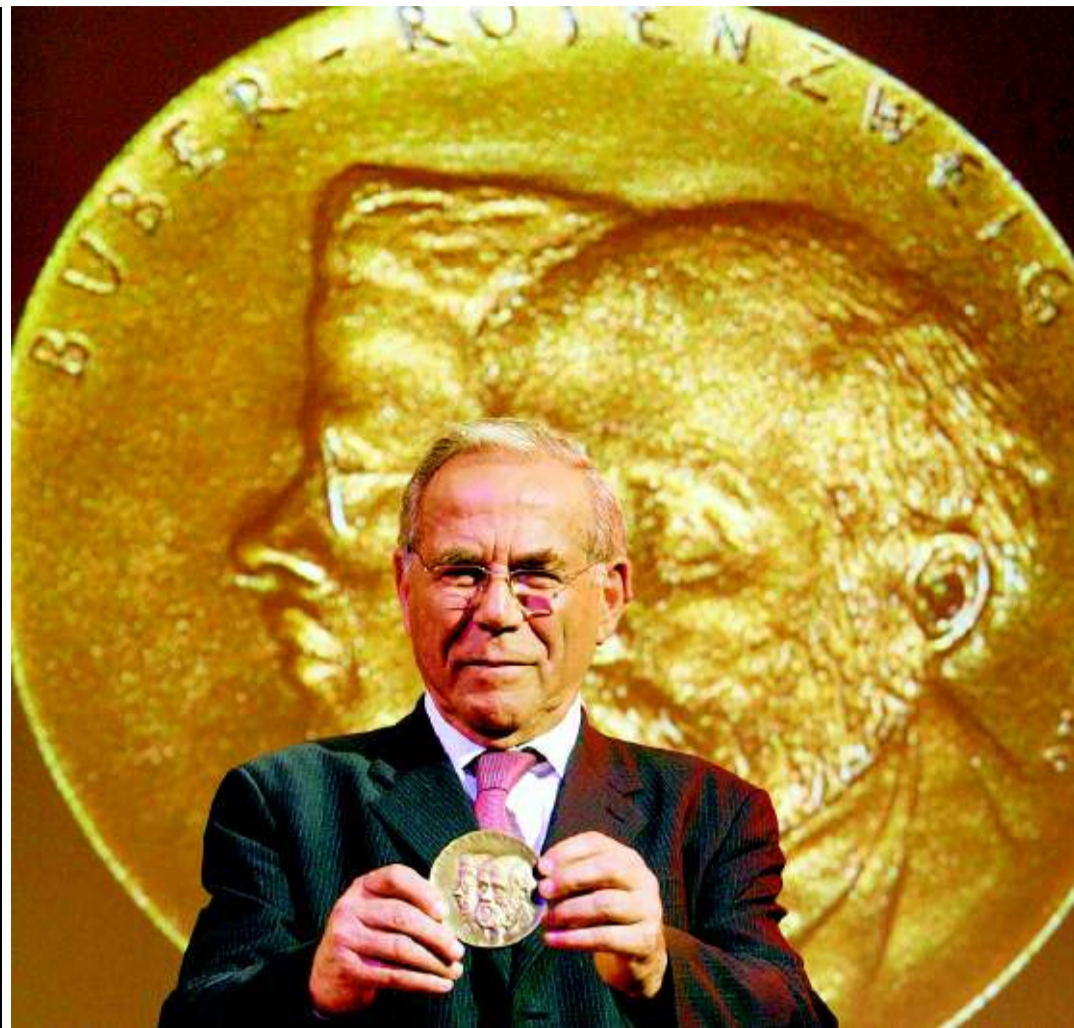
**Bundeskanzlerin** Angela Merkel (CDU) sieht in einem möglichen schwarz-grünen Regierungsbündnis in Hamburg kein Modell für den Bund. Das machte sie bei einer Veranstaltung in Berlin deutlich und verwies auf erhebliche Unterschiede zwischen beiden Parteien in der Außen-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik. Aus Sicht anderer führender Unions-Politiker könnte Schwarz-Grün in der Hansestadt dagegen ein Probelauf für die Bundesebene sein.

**Merkel** unterstützt die Gespräche von Hamburgs Bürgermeister Ole von Beust (CDU) mit den Grünen. Ein erstes Sondierungstreffen ist an diesem Mittwoch geplant. Sie sei sicher, dass von Beust einen „pragmatischen Weg“ finden werde, sagte die CDU-Vorsitzende bei einem Kongress des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDs) in Berlin. Die Kanzlerin machte aber mit Blick auf die Bundestagswahl im kommenden Jahr deutlich, dass sie weiter auf eine

Regierungsmehrheit zusammen mit der FDP setzt.

**Der Chef der Jungen Union**, Philipp Missfelder, sagte dem Magazin „Focus“: „Gerade bei modernen Konservativen gibt es eine Präferenz für eine Zusammenarbeit mit den Grünen, weil niemand über 2009 hinaus die Zusammenarbeit mit der SPD will.“ Auch die Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin, Hildegard Müller, kann sich „einen schwarz-grünen Testlauf auf Länderebene vorstellen, aber nicht um jeden Preis“.

**Grünen-Fraktionschefin** Künast sagte der „Wirtschaftswoche“, Schwarz-Grün in Hamburg wäre „zunächst mal ein Unikat, wie es auch die ersten Bündnisse auf kommunaler Ebene oder die Sondierungsgespräche in Baden-Württemberg waren“. Für die Bundesebene verwies Künast auf „massive Differenzen“ in der Sozialpolitik und beim Klimaschutz. „Schwarz-Grün auf Bundesebene 2009 – das halte ich für unwahrscheinlich“, sagte Künast. (dpa)



Der israelische Unternehmer Stef Wertheimer mit der Buber-Rosenzweig-Medaille.

BILD: DPA

## Friedliches Zusammenleben praktiziert

Stef Wertheimer wurde für sein Bemühen um Verständigung geehrt.

**Düsseldorf** - Zu einem toleranten Miteinander zwischen den Religionen hat Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) am Sonntag auf der Eröffnungsfeier der Woche der Brüderlichkeit gemahnt. Im Zentrum der Veranstaltung in Düsseldorf stand die Verleihung der Buber-Rosenzweig-Medaille an den israelischen Unternehmer Stef Wertheimer. Der Preisträger habe

sich beispielhaft für ein friedliches Zusammenleben eingesetzt, sagte Schäuble. Der 81-jährige Wertheimer hat sich als erfolgreicher Metallunternehmer vorbildlich für den Dialog zwischen unterschiedlichen Kulturen und Religionen in Israel engagiert. In seinen Betrieben arbeiten Juden und Araber zusammen. Der im badischen Kippenheim geborene Wertheimer war 1937 gemeinsam mit seiner Familie aus Nazi-Deutschland geflohen.

Seit 1968 wird die Buber-Rosenzweig-Medaille an Persönlichkeiten

Initiativen oder Einrichtungen verliehen, die sich um die Verständigung ethnischer und religiöser Gruppen oder durch Beiträge für die christlich-jüdische Zusammenarbeit verdient gemacht haben. Zu den bisherigen Preisträgern zählen unter anderem Friedrich Dürrenmatt, Yehudi Menuhin, Johannes Rau und Daniel Barenboim.

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) mahnte auf der Veranstaltung die Eliten in Deutschland, nicht den Eindruck entstehen zu lassen, sie arbeiteten „gegen und nicht für unser Land“. (ddp)

# „Debatte über professionelle Spendenwerbung ist nötig“

## Der Unicef-Interimsvorsitzende Schlagintweit klagt über pauschale und ungerechtfertigte Verurteilung

Aus Pflichtgefühl sei der Unicef-Vorstand vorläufig im Amt geblieben, sagt Reinhard Schlagintweit im Gespräch mit dem „Köln Stadt-Anzeiger“.

**KÖLNER STADT-ANZEIGER:** Herr Schlagintweit, Sie haben gesagt, Unicef gehe durch ein „Tal der Tränen“. Haben Sie Gewissheit, dass die Talsohle jetzt durchschritten ist?

**REINHARD SCHLAGINTWEIT:** Ich hoffe es. Wir werden langsam herausfinden.

Sie „hoffen“ – haben Sie noch Anlass zum Zweifel?

**SCHLAGINTWEIT:** Jedenfalls kann ich sicher sagen: Wir haben aus den Fehlern gelernt, haben Veränderungen auf den Weg gebracht, die mehr Transparenz schaffen. Man muss unterscheiden zwischen berechtigter Kritik an einzelnen Fehlern und der pauschalen und ungerechtfertigten Verurteilung von Unicef, die wir in den letzten Wochen erleben mussten. Ich bin zuversichtlich, dass wir vermitteln können, wo wir Fehler gemacht haben, dass wir aber weiter seriös, umsichtig und im Interesse der Kinder arbeiten.

**Ordnen Sie das Gutachten der KPMG-Wirtschaftsprüfer, die bei Unicef Unregelmäßigkeiten festgestellt haben, unter „berechtigte Kritik“ oder „ungerechtfertigte Verurteilung“ ein?**

**SCHLAGINTWEIT:** Das Gutachten entlastet Unicef ja in den wesentlichen Punkten. Es besteht aus fünf Teilen. In den ersten vier Teilen wird attestiert: keine persönliche Bereicherung, überall standen gezahltem Geld entsprechende Gegen-

leistungen gegenüber. Diese Kernaussagen werden leider kaum beachtet. Nur ganz am Schluss heißt es, dass bei einzelnen Geschäftsabläufen interne Regeln verletzt worden sind. Jetzt stehen deshalb alle internen Abläufe auf dem Prüfstand, damit dies nicht wieder passiert.

**Das „Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen“ DZI hat Ihnen das begehrte Spendenstempel aberkannt – doch nicht wegen null und nix.**

**SCHLAGINTWEIT:** Dies liegt auf einem anderen Feld. Das DZI hat beanstandet, dass Provisionszahlungen an professionelle Spendensammler nicht angegeben worden waren. Unbestreitbar war das falsch. Obwohl Provisionen nicht verboten sind, verstoßen sie gleichwohl gegen Regeln des DZI, wenn die Praxis solcher Provisionen den Spendern nicht mitgeteilt wird.

**Wenn falsche Angaben gemacht worden sind, hatte Unicef das Siegel dann zu Unrecht?**

**SCHLAGINTWEIT:** Nein, das behauptet auch niemand. Der Geschäfts-

führer des DZI sagt weiter, dass Unicef im Kern eine Organisation ist, die das Siegel zu Recht verdient hatte. Gleichzeitig sagt er, dass die Fehler, die in der Vergangenheit gemacht wurden, inhaltlich begrenzt waren.

**Kannten Sie die Regeln des DZI im Detail?**

**SCHLAGINTWEIT:** Nein.

**Hat dann der Vorstand als Aufsichtsgremium versagt?**

**SCHLAGINTWEIT:** Das DZI-Formular auszufüllen, ist eine Routine-Arbeit, die nicht den Vorstand betrifft. Der Vorstand hat sich mit der inhaltlichen Arbeit und der Ausrichtung der Organisation zu beschäftigen, aber nicht mit der Projektkontrolle im Detail. Dafür ist er laut Satzung nicht zuständig.

**Werden Sie das ändern?**

**SCHLAGINTWEIT:** Alle Strukturen und Geschäftsabläufe werden überprüft und wo nötig geändert. Zum Teil ist dies schon geschehen.

**Sehen Sie die Gemeinnützigkeit und damit die Abzugsfähigkeit von Spenden bedroht?**

**SCHLAGINTWEIT:** Überhaupt nicht. Warum auch?

**Haben Sie erwogen, als Vorstand geschlossen zurückzutreten?**

**SCHLAGINTWEIT:** Sie kennen doch unsere Situation. Wir sind in einer Krise. Wir haben keinen Geschäftsführer, wir haben einen Interims-Vorsitzenden. Wir tragen jetzt die Verantwortung für die Organisation, die ehrenamtlichen und haupt-

amtlichen Mitarbeiter. Da wirft man nicht hin. Das ist eine Frage des Pflichtgefühls.

**Gilt das auch für längere Zeit?**

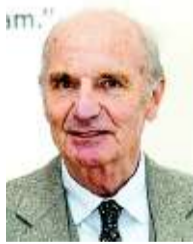
**SCHLAGINTWEIT:** Wir sind mitten im Umbruch. Es gibt die Bereitschaft, neuen Leuten das Feld zu überlassen.

**Wem zum Beispiel?**

**SCHLAGINTWEIT:** (lacht) Haben Sie einen Vorschlag?

**Anders gefragt: Wie sollte der oder die neue Vorsitzende sein?**

**SCHLAGINTWEIT:** Ein guter Vorsitzender oder eine gute Vorsitzende muss die unterschiedlichen Ebenen der Organisation integrieren und zwischen ihnen vermitteln: zwischen professionellem Fundraising und ehrenamtlicher Arbeit, zwischen Lobbyarbeit für Kinderrechte und dem Verkauf von Grußkarten.



R. Schlagintweit

BILD: DDP

**Wie wär's mit Rita Süsmuth?**

**SCHLAGINTWEIT:** Ich gebe Ihnen Vorschlag gern weiter – aber ich äußere mich nicht öffentlich dazu.

**Die Unicef-Führung arbeitet mit Millionenbeträgen wie der kleine Spendensammler mit Zehn-Euro-Scheinen. Sind diese Welten noch in Einklang zu bringen?**

**SCHLAGINTWEIT:** Genau das ist ja unsere Stärke: Tausende Ehrenamtliche, die Unicef vor Ort ein Gesicht geben, und gleichzeitig professionelles Handeln in der Bundesgeschäftsstelle. Generell gilt allerdings: In der Öffentlichkeit weiß man wenig darüber, wie die großen Hilfswerke arbeiten und warum und

wie professionelle Spendenwerbung funktioniert. Dies müssen alle Hilfswerke viel besser erklären. Es muss in Deutschland hierüber eine ehrliche Diskussion geben.

**Was hören Sie von den anderen Hilfswerken zur aktuellen Situation bei Unicef?**

**SCHLAGINTWEIT:** Es gibt ein großes Erschrecken darüber, dass eine wichtige Organisation wie Unicef in eine solche Lage gekommen ist. Grundsätzlich teilen die meisten die Einschätzung, dass das idealisierte Bild des Spendensammelns, das jetzt in Frage gestellt wurde, auch auf andere Organisationen durchschlagen könnte. Das DZI sagt selbst: Alle beschäftigen professionelle Spendensammler.

### Es gibt die Bereitschaft, neuen Leuten das Feld zu überlassen

**Erhalten Ihre prominenten Unterstützer Geld?**

**SCHLAGINTWEIT:** Nie, nie, nie! Es werden lediglich Aufwendungen wie Reisekosten bezahlt – und das in bescheidenem Rahmen. Das war's.

**Ihr Ausblick?**

**SCHLAGINTWEIT:** Es liegt ein harter Weg vor uns. Aber ich bin zuversichtlich. Viele ehrenamtliche Helfer, die Mitarbeiter in der Bundesgeschäftsstelle in Köln sagen „jetzt erst recht“. Ohne uns sind unverzichtbare Hilfs- und Entwicklungsprojekte für Kinder in vielen Ländern in Gefahr. Hierfür stehen wir, und dafür lohnt sich jede Mühe.

Das Gespräch führten Joachim Frank und Astrid Wirtz

### NOTIERT

#### Suche nach Verständigung

**Berlin** - Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy wollen in dieser Woche die jüngsten Irritationen zwischen beiden Ländern ausräumen. Sie treffen sich dazu an Montagabend (3.3.) in Hannover nach der Eröffnung der Computermesse CeBIT. Das Gespräch gilt als Ersatz für den abgesagten informellen deutsch-französischen Gipfel, der an diesem Tag in Straubing stattfinden sollte. Hauptstreitpunkt zwischen Deutschland und Frankreich ist Sarkozys Plan einer Union der Mittelmeerländer. (dpa)

#### Nachfolger für Kempfen

**Meckenheim** - Nach der vorzeitigen Abwahl von Bürgermeisterin Yvonne Kempfen (CDU) bekommt Meckenheim mit Bert Spilles (CDU) ein neues Stadtoberhaupt. Spilles wurde am Sonntag in einer Neuwahl mit der erforderlichen Mehrheit der Stimmen gewählt, wie die Wahlleitung als vorläufiges amtliches Endergebnis mitteilte. Der 49-jährige Beamte setzte sich in der Direktwahl gegen zwei weitere Kandidaten durch. Die 47-jährige Kempfen hatte nach internem Streit mit dem Stadtrat im November vorigen Jahres nach einem Bürgervotum ihr Amt aufgeben müssen. (dpa)

#### Chávez schickt Truppen

**Caracas** - Als Reaktion auf die Tötung eines ranghohen Farc-Rebellen durch kolumbianische Truppen im Nachbarland Ecuador hat der venezolanische Präsident Hugo Chávez Truppen an die Grenze zu Kolumbien entsandt. Zehn Bataillone mit Panzerregimentern hätten den Marschbefehl erhalten. Zugleich habe er die Schließung der Botschaft Kolumbiens in Caracas und der Botschaft Venezuelas in Bogotá angeordnet, so ein TV-Sender. (dpa)